Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7523**

14. Wahlperiode 15. 11. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Birgit Schnieber-Jastram, Karl-Josef Laumann, Gunnar Uldall, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/5552 –

Für mehr Wettbewerb und Subsidiarität in den sozialen Sicherungssystemen – durch Neuorganisation der aktiven Arbeitsmarktpolitik die Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland senken

A. Problem

Der deutsche Sozialstaat steht auf Grund der demographischen Entwicklung und des weltweit sich verschärfenden Konkurrenzkampfes vor erheblichen Herausforderungen. Um diese erfolgreich zu bewältigen, muss die Arbeitsmarktpolitik in Richtung auf mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortung umgebaut werden. Ziel ist es, nicht den sozialen Schutz zu verringern, sondern die Effizienz zu erhöhen. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung daher auffordern, fünf wichtige Elemente einer anzustrebenden Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik zügig umzusetzen.

B. Lösung

Zur Steigerung der Effizienz soll die aktive Arbeitsmarktpolitik mit Vorgaben, wie die Erhöhung des Anteils der Langzeitarbeitslosen mit Benachteiligungen in Programmen, dem Kostenfaktor und der Höchstverweildauer verknüpft werden, ferner sollen arbeitsmarktpolitische Programme öffentlich ausgeschrieben, für eine höhere Refinanzierungsquote durch eine bessere Zielgruppenorientierung und für eine bessere Evaluation gesorgt werden.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5552.

D. Kosten

Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/5552 – abzulehnen.

Berlin, den 14. November 2001

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett	**Andrea Nahles**
Vorsitzende	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Andrea Nahles

I. Beratungsverlauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 164. Sitzung am 5. April 2001 den Antrag auf Drucksache 14/5552 in 1. Lesung beraten und dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat auf der 58. Sitzung am 27. Juni 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/5552 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat auf der 71. Sitzung am 27. Juni 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/5552 zu empfehlen.

Der federführende **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat auf seiner 95. Sitzung am 27. Juni 2001 und auf der 107. Sitzung am 14. November 2001 die Vorlage beraten. Als Ergebnis hat der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrages auf Drucksache 14/5552 zu empfehlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung auffordern, folgende wichtige Elemente einer anzustrebenden Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik zügig umzusetzen:

1. Die Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik von Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit sind mit verschiedenen Vorgaben zu verknüpfen.
2. Für eine öffentliche Ausschreibung der arbeitsmarktpolitischen Programme muss gesorgt werden.
3. Durch eine verbesserte Zielgruppenorientierung (d. h. stärkere Einbeziehung von Benachteiligten in Programme) ist die Refinanzierungsquote der Arbeitsmarktprogramme zu erhöhen.
4. Die regionalen Programmergebnisse sind stetig auszuwerten.
5. Die Arbeitsmarktforschung ist zu verbessern.

III. Ausschussberatungen

Die **Mitglieder der Fraktion der SPD** erklärten, durch intensive Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit, der Landesarbeits- und der Arbeitsämter sei es gelungen, einen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen. Die notwendigen weiteren Schritte seien in dem gerade beschlossenen JOB-AQTIV-Gesetz enthalten; des Antrages der Fraktion der CDU/CSU, der im Übrigen auch nicht zielfördernd sei, bedürfe es nicht.

Die **Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU** betonten, die Forderungen ihres Antrags gingen über das hinaus, was im JOB-AQTIV-Gesetz beschlossen worden sei, insbesondere was die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit anbelange. Zu ihnen gebe es keine Alternative, wenn die Langzeitarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden solle.

Die **Mitglieder der Fraktion der FDP** hoben hervor, dass ihre Fraktion bereits in den vergangenen Monaten mehrere Anträge hierzu eingebracht hätten und auch in den nächsten Wochen weitere Anträge mit den notwendigen und erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit vorlegen würden. Aus diesem Grunde erfolge die Stimmenthaltung, da der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auch richtige Forderungen enthalte.

Die **Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertraten die Ansicht, dass die pauschalen Ansätze in dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU das komplexe Problem der Langzeitarbeitslosigkeit nicht lösen könnten. Die notwendigen Schritte zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit seien vielmehr schon bei der Beratung des JOB-AQTIV-Gesetzes erörtert worden.

Die **Mitglieder der Fraktion der PDS** sahen in den Vorschlägen keinen Weg, die sozialen Sicherungssysteme zu stärken und Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen.

Berlin, den 14. November 2001

Andrea Nahles
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333